

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 21 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 18, Bräun-
straße 105 .: Telefon: Ami Moritzplatz, 2120

Berlin, den 24. Mai 1912

Willkommen zur Generalversammlung in München!

Kommenden Mittwoch, am 29. Mai, tritt das Parlament der Sattler und Portefeuille zusammen, um auf die letztvergangene Etappe, von Köln bis München, Rückschau zu halten, Kritik zu üben und, was die Hauptsache ist, aus dem Schatze der Erfahrungen und aus dem Meinungsaustausch Waffen für des Tages Bedarf zu schmieden, Mittel und Wege zu finden, wie in Zukunft die Geschäfte unseres Verbandes zum Wohle der Mitglieder, wie der gesamten Kollegenschaft zu leiten sind.

Die seit langem veröffentlichte Tagesordnung und die 133 eingebrachten Anträge lassen keinen Zweifel darüber, daß äußerst wichtige Aufgaben ihrer Lösung harren. Im Vordergrund steht die Beitrags- und Unterstufungsfrage, „unsere sozialpolitischen Aufgaben“, und zur besseren Wahrnehmung der Berufsinteressen die Brancheneinteilung mit örtlichen und zentralen Branchenleitungen. Leicht ist es also diesmal unseren Abgeordneten aus dem Reiche nicht gemacht; mit der Zeit wird sehr geeizt werden müssen, soll die ganze Tagesordnung in vier Tagen ordnungsgemäß erledigt werden.

Soweit es an uns lag, haben wir uns bemüht, alles zu tun, was geeignet ist, die Arbeit der Generalversammlung zu erleichtern. Der Erörterung der Beitragserhöhung haben wir im Verbandsorgan den weitesten Spielraum gelassen. Auch die auf Anregung der Verbandsleitung im Februar und März anberaumten Versammlungen haben dazu beigetragen, daß nicht nur bei den Delegierten, sondern bei der Gesamtmemberschaft die Ueberzeugung sich durchgerungen hat, für die Stärkung der Organisation muß auf jeden Fall etwas geschehen, sollen die Lohnkämpfe, die in nächster Zeit sich immer schwieriger, immer langwieriger gestalten, zum erfolgreichen Ende geführt werden.

Das am 1. April d. J. in Kraft getretene Hausarbeitsgesetz legt unseren heimarbeitenden Kollegen so viel Pflichten und Lasten auf, daß es ihnen geradezu unmöglich ist, die entstehenden Kosten aus ihren jetzigen Löhnen zu decken, soll ihre soziale Lage sich nicht noch mehr verschlechtern. Soll nicht das Gegenteil vom Hausarbeiterschutz eintreten, so muß unser Verband als berufsmäßigste Interessenvertretung der hausarbeitenden Kollegenschaft in der Portefeuille-, Ledergalanteriewaren- und Militäreskettenindustrie nichts unversucht lassen, was geeignet erscheint, die Mehrausgaben durch Mehreinnahmen wieder wettzumachen.

Die Besprechung der Gefängnisarbeit als Schmutzkonkurrenz der freien Arbeit wird uns Wege zeigen, dem Uebelstande entgegenzuwirken. Auch die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung verdient eingehend behandelt zu werden. Diese Neueinrichtung der modernen Arbeiterbewegung ist geeignet, die organisierte Arbeiterschaft vor Ausbeutung durch private Volks- und Lebensversicherungsanstalten zu schützen.

Nach Abschluß der Diskussion in unserer Zeitung und nach Veröffentlichung der 133 Anträge verlagern wir uns, an dieser Stelle neue Argumente aufzurollen oder für oder gegen die gemachten Vorschläge und Anträge zu polemisieren. Wir haben weder das Amt noch den Willen, uns in erster Stunde als Vormund der Generalversammlungsdelegierten aufzuspielen oder sie gar beeinflussen zu wollen. Wir haben die Ueberzeugung, unsere Mitglieder haben nur solchen Kollegen ihr Vertrauen geschenkt und zur Waffenschmiede nach München geschickt, von denen sie mit Bestimmtheit wissen, ihr Gesichtstreis geht über die Grenzen der eigenen Verwaltungsstelle hinaus, sie sind imstande, abzuwägen, was zum Vorteil unseres demokratischen Gemeinwesens geschehen muß. Diese Ueberzeugung ist es auch, die uns mit froher Zuversicht befeuert, die keinen Zweifel über die Treue der Mitglieder zur Organisation aufkommen läßt, wenn auch nicht alle ihre Wünsche und Hoffnungen erfüllt werden. In den 133 Anträgen zur Generalversammlung kommen die ver-

schiedensten Ansichten und Auffassungen über die Wege zur ferneren Ausgestaltung unseres Verbandes zum Vorschein, die sich unmöglich unter einen Hut, also auch nicht in ein Statut, bringen lassen. Allerdings, über das zu erstrebende Ziel herrscht Einmütigkeit und Einstimmigkeit, zwei Stützen, die die Arbeit der Delegierten wesentlich erleichtern werden. Führen doch viele Wege nach Rom, warum sollen uns nicht auch die verschiedensten Wege unserem Ziele näherbringen?

Auf den Tagungen der Arbeiter werden keine Dogmen aufgestellt und Beschlüsse für urewige Zeiten als das Alpha und Omega der gesamten Bewegung gezeitigt. Die gegebenen Verhältnisse zeigen uns unerbittlich den Weg, den wir zu gehen haben. Darum ist es von ganz unangeordneter Natur, ob dieser oder jener Antrag mit großer oder kleiner Majorität als Bestandteil unserer Statuten aufgenommen wird oder unter den Tisch fällt. Auch die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß Anträge angenommen werden, die sich in der Praxis als falsch, als undurchführbar erweisen. Aber darum brauchen wir uns keine grauen Haare wachsen zu lassen. Das Gute bricht sich Bahn! Die Hauptsache ist und bleibt, daß hinter den papierernen Beschlüssen der lebendige Geist unserer Kollegen steht, die gewillt sind, durch stetige Mitarbeit die sich als gut und vorteilhaft erweisenden Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Die zum Verbandstag gewählten Delegierten bieten uns die Gewähr, daß sie imstande sind, ohne Beeinflussung von irgendwelcher Seite ihre Ansichten zum Austrag zu bringen und zu vertreten. Dabei werden in der Hitze des Gefechts die Meinungen hart aufeinanderplatzen, es werden Worte fallen, die bei ruhiger Ueberlegung sicher unterblieben wären. Der in den letzten drei Jahren angesammelte Zündstoff wird durch das Redefeuerexplosionieren, dann aber wie ein Gewitter reinigend wirken. Unsere Gegner haben uns schon oft bewundert, mit welcher Offenheit wir diskutieren, wie ungelinstet jeder seinem Herzen Luft macht und gegen vermeintliches Unrecht mit überzeugendem Tone ankämpft. Wir können aber auch stolz darauf sein, daß dem so ist, denn nicht persönlicher Haber und Groll sind die Beweggründe solcher Redeschlachten. Jeder einzelne hat das Bestreben, mit seinen Ausführungen das Beste zu wollen. Darum wird die geübte Kritik, die frei von persönlicher Ränke ist, auch von niemandem tragisch genommen. Es steht fest, daß die parlamentarische Ordnung auf den Arbeitertagungen gegnerischen Organisationen als Muster vorschwebt. Dieses Bild zu heben, werden alle Delegierten der Münchener Generalversammlung sich angelegen sein lassen.

In einem anderen Artikel werden wir den Geschäfts- und Kassenbericht unseres Verbandes, in dessen Besitz die Delegierten bereits sind, einer kurzen Besprechung unterziehen. Hier wird der Nachweis erbracht, daß die Beschlüsse der Kölner Generalversammlung vorteilhaft für unsere Bewegung gewesen sind. Hoffen und wünschen wir, daß auch die Pfingstwoche 1912 in München ein wichtiger, ruhmvoller Zeitabschnitt in der Geschichte unseres Verbandes wird.

Schwere Arbeit, große Verantwortung haben die Delegierten mit der Annahme des Mandats auf sich genommen. Die Mitglieder haben ihnen die Geschicke unseres Verbandes anvertraut. Sie sind berufen, allen Sattlern und Portefeuillern die Wege zu weisen. Sie sind es aber auch, die in erster Linie für die Durchführung der gefassten Beschlüsse zu sorgen haben, wenn auch die Wünsche jedes einzelnen nicht berücksichtigt werden konnten.

Wir heißen die Delegierten aufs herzlichste willkommen und wünschen, ihre Tätigkeit in München möge dazu beitragen, einen noch festeren Zusammenschluß aller Berufsgenossen und -genossinnen zu erzielen, um unseren Verband so auszugestalten, daß er ein Hort für alle Kollegen in jeder Lebenslage wird und ein Fels, an dem alle gegnerischen Gelüste zerbrechen. In diesem Sinne:

Herzlich willkommen in München!

Von Köln bis München.

Wenn wir nachfolgenden Artikel mit der charakteristischen Überschrift versehen haben, so wollen wir doch die Leser von vornherein vor einer Täuschung bewahren, im Falle sie dahinter vermuten, wir wollten den Kölner Verbands- tagsdelegierten und denen aus dem übrigen Rheinland, Erfolg für einen "Bäderer" bieten oder eine besondere Reiseroute zu Wasser und zu Lande ausarbeiten.

"Von Köln bis München" ist der vom Zentralvorstand gewählte Titel des zusammengefügten Berichts unserer Organisation in den letzten drei Jahren an die Generalversammlung.

Allerdings ist dieser Bericht in Form einer 64 Seiten starken, mit Tabellen und Zahlenmaterial reichlich versehenen Broschüre, ein Wegweiser, wie unser Verband sich entwickelt und welche Aufgaben er gelöst hat. Gleichzeitig sind auch die von allen Sattlern und Portefeullern zu begehenden Wege markiert, welche uns sicher dem erstrebenswerten Ziele zuführen.

Die Zahl der Mitglieder hat sich vom 1. Januar 1909 bis zum 31. Dezember 1911 um 3613 (vom Tage der Veranschlagung an gerechnet um 3764), also von 10 206 auf 13 819, darunter 1168 weibliche, vermehrt. Während der Zuwachs der männlichen Mitglieder 33 Proz. beträgt, beläuft er sich bei den weiblichen auf 59 Proz. Die größte Mitgliederzunahme war mit 1787 im Jahre 1910 gegenüber 607 im Jahre 1909 und 1219 im Jahre 1911 zu verzeichnen. An der Zunahme sind die einzelnen Gauen wie folgt beteiligt: Berlin 26 Proz. (davon die Stadt Berlin mit 23,51 Proz.), Götting 3 Proz., Hamburg 4 Proz., Köln 8 Proz., Leipzig 22 Proz., Nürnberg 6 Proz., Offenbach 22 Proz. und Stuttgart mit 9 Proz.

Ein unerfreuliches Kapitel ist das der Fluktuation, worunter unser Verband ebenso wie alle anderen Organisationen zu leiden hat. Allerdings trat sie in der Berichtsperiode nicht so stark wie früher in Erscheinung. Von 1906-1908 hatten beide Verbände einen Verlust von 10 155 Mitgliedern bei einem Gesamtmittelgliederstande von 10 206 am Schlusse des Jahres 1908. In den letzten 3 Jahren betrug der Abgang an Mitgliedern 7903 bei einem Mitgliederbestande von 13 819 am 31. Dezember 1911. Gewiß soll dabei die große Arbeitslosigkeit,

von der unsere Kollegen über den Durchschnitt hinaus betroffen wurden, nicht außer Betracht gelassen werden.

Jahr	Auf je 100 Mitglieder entfielen Fälle von Arbeitslosigkeit im Quartal		Dauer der durchschnitlichen Arbeitslosigkeit	
	in unferen Verbände	in den deutschen Gewerkschaften	in unferen Verbände Tage	in den deutschen Gewerkschaften Tage
1909	49,7	89,1	13,9	18,9
1910	49,0	81,2	11,5	15,0
1911	47,0	29,8	13,5	18,5

Der Verbandstag wird es sich angelegen sein lassen müssen, Mittel und Wege zu finden, die einmal gewonnenen Mitglieder dauernd an den Verband zu fesseln.

Nach Branchen geordnet verteilen sich die Mitglieder:

Branchen	männlich		weiblich
	
Geschirrbrennerei	1 238	—	—
Lederwarenbranche	6 238	—	948
Treibriemenbranche	857	—	—
Militäreffektenbranche	906	—	—
Wagenbranche	1 344	—	—
Sonstige Branchen	1 198	—	225
Auf der Reise	173	—	—
Summa	12 651	—	1 168

Bemerkenswert dabei ist, daß der jetzigen Organisation zirka 1000 Portefeullerarbeiten und Arbeiterinnen mehr angehören, als dem früheren Portefeullerverbande zur Zeit seines Höchststandes. Die spezialisierte Aufmachung für die Lederwarenbranche zeigt folgendes Bild:

Portefeuller u. Damentaschenarbeiter (Werkhall)	2144
Desgleichen (Heimarbeiter)	1404
Reisetaschenarbeiter	940
Kofferattler	875
Salanteriearbeiter	487
Anschläger und Rieter	402
Zuschneider	422
Hilfsarbeiter	169
Stepperinnen	415
Arbeiterinnen	528

Eine enghengrenzte Scheidung von Portefeullern und Täschnern war infolge der technischen Entwicklung in der Lederwarenbranche nicht möglich. Auf eine weitere Differenz in vorstehender Aufmachung wollen wir

noch hinweisen. In Berlin wurden die bei Zwischenschmeißern beschäftigten Kollegen den Heimarbeitern zugerechnet, in Offenbach dagegen den Werkhallarbeitern. Daß nur 900 Heimarbeiter dem Verbande angehören, wird Ursache genug sein, die Agitation von neuem zu entfachen, um so mehr, da Konsumarbeiters enorme Anforderungen an die Kollegen stellt. Auch ist nicht zu bezweifeln, daß die Zahl der Einzelheimarbeiter zugunsten des Zwischenschmeißers zurückgeht. Die Unternehmer sind eben fargelochter bestrahlt, die sozialen und tariflichen Lasten von sich ab- und den Zwischenschmeißern aufzuladen. Dabei scheeren sie sich nicht darum, ob eine Anzahl "selbständige" Erzeugnisse vernichtet werden. Wenn diese Entladung auch anfangs die Agitation für die Gewerkschaft sehr erschwert, so werden die Umstände die zu Hilfskräften der Zwischenschmeißer gewordenen Kollegen mit Naturnotwendigkeit in die Organisation hincintreiben. Alle und die wir gleichsam die Geburtszeugen einer neuen Produktionsentfaltung sind, gilt es, die Reihen zu lindern und die Geborenen vor Entfristung zu schützen. Daß der Sattler- und Portefeullerverband hier seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat, bezeugen die Erfolge auf dem Gebiete der Lohnbewegung.

Während in der vergangenen Berichtsperiode 147 Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verzeichnen waren, fanden in den letzten drei Jahren insgesamt 182 Bewegungen in 1332 Betrieben mit 18 113 Beschäftigten statt, woran 15 364 Personen direkt beteiligt waren. Auf die einzelnen Branchen verteilen sich die Bewegungen:

Branchen	Jahr der Bewe-gungen		Jahr der Beschäftigten		Die Beschäftigten
	Jahr der Bewe-gungen	Jahr der Beschäftigten	Jahr der Bewe-gungen	Jahr der Beschäftigten	
Geschirrbrennerei	29	472	1369	1255	21
Militäreffektenbranche	24	68	1406	1290	19
Lederwarenbranche	49	589	12483	10503	38
Treibriemenbranche	15	44	619	524	9
Wagenbranche	49	107	1149	1098	36
Sonstige Branchen	16	67	1088	754	13
Summa	182	1332	18113	15964	113

München.

Während der diesjährigen Pfingstfeiertage ist der Sinn aller freigewerkschaftlich organisierten Sattler und Portefeuller auf die Hauptstadt des Bayernlandes, auf München, gerichtet, in deren Mauern diesmal über das Wohl und Wehe, d. h. über die zukünftige Gestaltung unseres Verbandes beraten und beschlossen werden soll.

320 Meter über dem Meerespiegel, mit rund 600 000 Einwohnern, ist München eine alte Ansiedlung der Römer an der Heerstraße von Augsburg nach Salzburg und Traunau. Im 8. Jahrhundert beginnt die feste Besiedlung, welche Ende des 10. Jahrhunderts vom Kloster Tegernsee begründet wurde und den Namen Munnichen, d. h. bei den Mönchen, erhielt. Davon kommt auch der Münch im Stadtwappen, welcher im Volksmund das "Münchner Hund" heißt.

Auf den alten Straßen, besonders auf der unterhalb Münchens die Föhning die Mar überziehenden, ging ein für jene Zeit bedeutender Verkehr, insbesondere der lebhafteste Salzhandel von Reichenhall nach Schwaben, Franken und Ungarn, wovon der Bischof von Freising den Zoll erhob. Um seinem Nachbarn diesen gewinnbringenden Verkehr zu entreißen, überfiel Herzog Heinrich der Löwe 1157 Föhning, zerstörte Ort und Brücke und leitete hierauf den Verkehr über München, welches ein Stapel- und Marktplatz wird, Zoll- und Münzstätte erhält und mit Mauern und Graben bemehrt wird. In der Mitte des 11. Jahrhunderts verfällt die Brücke von Grünwald, so daß nunmehr aller Verkehr über München gehen muß. Die neue Stadt wächst unter diesen Umständen so schnell empor, daß, als nach des Welken Sturz der ergrünte Kaiser Friedrich Barbarossa ihr seine Ungnade fühlen lassen will, er sie nicht mehr zu vernichten vermag.

Mitte des 13. Jahrhunderts wird München Hauptstadt des oberen Bayern. 1290 erhält es

gleiche Handelsfreiheiten wie Regensburg. Einen großen Aufschwung nimmt es unter Kaiser Ludwig IV. dem Bayern (1301-47), welchem die Münchener in dessen langen Kämpfen mit dem Gegenkaiser Friedrich dem Schönen tapfere Hilfe leisten; vor allem tun sich, der Lieberlieferung nach, dabei die Wälder- und Schuttrichte hervor. Ein Gemäße auf dem Marktor stellt den siegreichen Einzug nach der Schlacht von Amping dar. Nach einem schrecklichen Brand wird die Stadt neu aufgebaut und erhält 1348 das große Stadtrecht. Handel und Verkehr entfalten sich lebhaft, an ihrer Spitze stehen die Föhner und die Weimwiter. Die Häuser waren bis dahin, wie in anderen deutschen Städten, aus Holz und Lehm erbaut, mit Ställen, Scheunen, Lauben und Freitreppen sowie Dingerhaufen davor. Durch die erste Bauordnung von 1342 wird auf ein schönes Aussehen der Stadt, auf die Erbauung von breiteren Straßen und Steinhäusern hingewirkt; ein halbes Jahrhundert später beginnt die Pflasterung.

Gegen Ende des 14. Jahrhunderts toben langwierige Kämpfe zwischen den Innungen und den Geschlechtern um das Stadtrecht, dann der Stadt mit den Herzögen sowie dieser untereinander. 1408 kommt ein Friede zwischen der Stadt und den Herzögen und eine Stadterfassung zu Stande, welche im wesentlichen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts dauert. Die Stadt zeigt um jene Zeit eine große Belebtheit, verbessert ihre Befestigung und schließt Bündnisse zum Schutz ihres Handels.

1371 werden die ersten Mauer genannt. 1469 bis 1482 wird der mächtige Bau der Frauenkirche errichtet. Um die Wende des 15. Jahrhunderts beginnen die Anfänge der Kunstsammlungen. Zu Ausgang des Mittelalters gilt München bereits als eine schöne Stadt, welche nach den Worten eines zeitgenössischen Chronisten fürtrifft andere Stadt an ebeln gemainen und hunderthausen Gebauden, dann alsda sind fast schöne Behausungen, wette Gassen und gar wohl gegierete Wohnhäuser. 1548 erscheint die erste Schulordnung, 1550 richtet Herzog Albrecht V. seine Kammer ein; vor allem wird

die Tonkunst gepflegt, wozu 1556 Orlando di Lasso und vier niederländische Meister nach München kommen. Die Kaiserin Schwäz und Wlisch wickeln in München, 1583-90 wird die Michaelskirche als erster durchgebildeter Renaissancebau errichtet. Auf dem Gebiete des Handwerks und des Kunstgewerbes gehen wesentliche Verbesserungen vor sich.

Aber dann tritt durch Kriege, Aufstände und Seuchen ein gewaltiger Rückschlag ein. In der Zeit der Reformationskämpfe ist Bayern der Hort und München der Mittelpunkt des Katholizismus in Süddeutschland. Der neue Glaube wird streng unterdrückt, und die Jesuiten werden zur Organisation der Gegenreformation berufen. Mit dem 30jährigen Krieg kommt vollends eine schwere Zeit für München, welches als Sitz des Führers der katholischen Liga der Sammelplatz ihrer Heeren wurde. Im Laufe des Krieges sieht München das erste feindliche Heer in seinen Mauern, indem 1632 die Schweden unter Gustav Adolf einziehen und ihm eine schwere Schatzung auferlegen. Kurz nach ihrem Abzuge beginnt die Pest zu wüten, an der 15 000 Menschen sterben. Am Schluß des Krieges ist München mit 9000 Einwohnern heruntergekommen. Handel und Wandel liegen darnieder, ganze Gewerbe fällen mehr die Hälfte der früheren Meister- und Arbeiterzahl. Dann tritt wieder eine langsame Wiederbelebung ein. Nachdem bereits 1616 die Wiedererrichtung und Neuansetzung deutscher Schulen angeordnet worden ist, erscheint 1659 eine neue Schul- und Erziehungsordnung für Töchter und Lateinische Schullehrer und Kinder.

Aber bald beginnt eine neue Zeit des Glanzes und Schwundes, herbeigeführt durch die eitle Unmännlichkeit des mitternendischen Kurfürsten Emanuel. Dieser verwickelt das Land in eine Reihe von Kriegen, insbesondere auch in den spanischen Erbfolgekrieg, in dessen Verlauf Bayern nach dem sein geschlagener Thron gestiegen ist, von Österreich besetzt und eingebeutet wird. Die kaiserliche Regierung läßt nun eine wahre Schreckensherrschaft, welche das Volk schließlich zur Empörung treibt. Als 1799

Am Jahre 1909	1 282,79 Mf.
1910	24 377,50 "
1911	28 206,65 "
Insgesamt 53 866,94 Mf.	
Einnahmen aus Zinsen, Zeitung usw.	50 817,55 "
Gesamtüberschuß	104 184,49 Mf.

Jeder Stofftechniker stellt aber die Einnahmen aus Zinsen und sonstigen Anlässen außerhalb des Etats, weil sie außerordentlich fluktuierend sind und nicht zum sicheren Bestand der Kasse gerechnet werden dürfen, wie die ordentlichen Mitgliederbeiträge. In der vorliegenden Periodezeit wurden aber die Ueberschüsse der Hauptkasse zu fast 50 Proz. aus sonstigen Einnahmen bestritten.

Niel besser als die Hauptkasse haben sich die Lokalkassen entwickelt. Trotz ihrer nicht zu unterschätzenden Leistungen für Unterflügungen und Unterhaltung für Sekretariate usw. konnten sie ihren Bestand von 55 014,62 Mf. auf 153 888,77 Mf. erhöhen.

Die Bilanzierten mit einer Einnahme von 360 956,98 Mf., mit einer Ausgabe von 262 119,83 Mf. und erzielten trotz ihrer geringen Beitragsleistung einen Ueberschuß von 98 837,15 Mf., währenddem die Hauptkasse nur 104 184 Mf. herauswirtschaften konnte. Das Vermögen des Verbandes außer allem Inventar bezifferte sich am Jahreseschluß auf 480 591,32 Mf., ist aber noch lange nicht hoch genug, um bei einem großen Lohnkampf die Hälfte unserer Mitglieder aus eigenen Mitteln vier Wochen lang durchhalten zu können.

In anschaulicher Weise schildern noch die Gauleiter und Branchendirekteure ihre Erfahrungen aus dem täglichen Kleinkampf und konstataren durchweg, daß die von ihnen beackerten Gebilde gute Früchte getragen haben, die aber noch nicht ausreichen, um alle berechtigten Wünsche der Mitglieder zu befriedigen. Mögen die Delegierten zum Verbandstag und auch die Mitglieder der Bericht einer gerechten Kritik unterliegen; wir sind überzeugt, er wird dann seinen Zweck als Wegweiser nicht verfehlen.

Nach der uns vorliegenden Abrechnung hat sich unser Verband im Verse des 1. Quartals weiter gut entwickelt. Die Zahl der männlichen Mitglieder ist von 12 651 auf 12 895 gestiegen, die der weiblichen von 1168 auf 1135 gefallen, somit beträgt der Zuwachs 211. Für die Haupt-

kasse wurden insgesamt 84 713,72 Mf. vereinnahmt und 77 623 Mf. verausgabt, darunter 5528 Mf. für Streit- und Gemahrgeldunterstützung, 993 Mf. für Reiseunterstützung, 12 540 Mf. für Arbeitslosenunterstützung, 18 884 Mf. für Krankenunterstützung und 1575 Mf. für Pensionsbeiträge. Die Lokalkassen vereinnahmten 31 255 Mf. und verausgabten 21 741 Mf. Ihr Gesamtvermögen beziffert sich auf 163 406 Mf. Als Zuschuß zu den Unterflügungen aus der Hauptkasse zahlten die Lokalkassen 758 Mf. für Lohnbewegungen, 153 Mf. Reiseunterstützung, 6098 Mf. Arbeitslosenunterstützung und 1459 Mf. Krankenunterstützung. — Stoffentlich gelangt es im laufenden Jahre das 15. Tausend der im Verbande der Sattler und Portefeuller organisierten Berufs-genossen zu überschreiten.

Unsere Verwaltungsstelle München.

Im Fluge sind die drei Jahre dahin, seit im „heiligen“ Köln unsere letzte Generalversammlung tagte. Unter den vielen Beschlüssen, die dort gefaßt wurden, selige und vielleicht auch unselige, interessiert uns genenwärtig wohl am meisten der letzte: „Die nächste Generalversammlung findet in München statt.“ Ob vielleicht der Gedanke wahrgegend war für den Beschluß: haben wir im schwarzen Köln so erprießliches geleistet, sehen wir uns wieder nach einem solch dunklen Punkt um, vielleicht können wir auch dort unseren Raum wieder so gut düngen und zurechschneiden, wie im letzten Ort. Zu dieser Arbeit seid willkommen, ihr Abgesandte, in unserem schönen Jaratzen. Lernet es in der kurzen Zeit von seinen besten Seiten kennen und wirkt auch hier zum Reiten und Gedeihen der Gesamtheit.

An anderer Stelle der heutigen Auflage haben wir kurz Münchens Geschichte geschildert. Hier einiges aus unserer Filiale.

Kurz nach Gründung des Verbandes der Sattler wurde auch hier im Jahre 1889 eine Filiale ins Leben gerufen. Im Laufe der Jahre ging die Mitgliederzahl durch vorübergehende Militärischen stark in die Höhe, um nach Rückgang der Arbeit wieder ebenso schnell zu verschwinden. Oft konnte man buchstäblich von „Gründung und seinen zwölf Aposteln“ sprechen. Große Aufopferung der einzelnen führenden Kollegen war notwendig, um das „Kind“ lebensfähig zu erhalten. Nirgends wird der Verband gegen so reaktionäre Kollegen und Meister gekämpft haben wie hier, wo unser Gewerbe den Stempel des Kleinhandwerks trug. Nachdem viele

Jahre die Militärsattler die einzigen Stützen der Mitgliedschaft waren, gelang es endlich, die Privatindustrie zu eröffnen. 1901 konnte man die Hälfte der Sattler unter der Fahne des Verbandes zählen. Nun wurde auch zum erstenmal an eine Lohnbewegung gedacht, zum erstenmal die denkbar schlechtesten Verhältnisse einer Prüfung unterzogen. 170 Kollegen verdienten damals zum größten Teil weit unter 30 Pf. die Stunde, 70 Kollegen 30-43 Pf., bei 12stündiger Arbeitszeit. Erzeugen wurde die 9-9 1/2 stündige Arbeitszeit, Lohnzulagen 1 3 Mf. pro Woche.

Nach einem solchen Erfolg und solcher Anstrengung glaubten die Münchener Kollegen das Eldorado errungen und an der Grenze des Erreichbaren angelangt zu sein. Ueber die Sorgen des Lebens half der Wakttag als Tröster hinweg, niemand konnte das Einschlummern verhindern und man glaubte, den Verband beiseite schieben zu können. Chronischer Mitgliedersturm war die Folge, 1901 zählten wir 172, 1904 nur noch 60 Mitglieder. Mit dem Rückgang des Mitgliederbestandes ging auch herab mit den Löhnen. 1904 waren 18-30 Pf. pro Stunde an der Tagesordnung. Nun setzte wieder eine lebhaft Bewegung ein, das Wasser ging eben wieder bis an den Hals. Wagenfattler und Treibriemensfattler rafften sich auf, und es gelang ihnen, einen guten Schritt vorwärts zu kommen. Die ersten erreichten die 8stündige Arbeitszeit, Mindestlöhne von 36 und 39 Pf., letztere 3,50 und 4 Mf. Taglohn. Diese Beträge wurden 1907, 1908, 1910, 1911 und 1912 gekündigt und bessere neue abgeschlossen, so daß heute für diese Branche als Mindestlöhne gelten: für die ersten zwei Jahre nach der Lehzzeit 43 Pf., von da ab 50, 51, 53, 54 und 55 Pf. Stundenlohn. Für die zwei Branchen, Wagen und Treibriemen, existieren 4 Tarifverträge. Der tatsächliche verdiente Durchschnittslohn beträgt zurzeit 58 Pf., Afford ist nirgends zugelassen. Beschäftigt sind in beiden Branchen 125 Kollegen, organisiert 121. An die Fußstapfen ihrer erfolgreichen Kollegen traten nun die Keilseiffentfattler und auch sie gingen nicht leer aus. Nachdem sie sich zusammengefunden, traten sie 1908 in eine Tarifbewegung ein. Erreicht wurde die 8stündige Arbeitszeit, Lohnzulagen von 1,50 Mf. bis 7 Mf. die Woche. Im Jahre 1910 wurde dieser Tarif gekündigt, ein neuer auf 4 Jahre abgeschlossen, die Stundenlöhne auf 38, 40, 43, 45 und 48 Pf. festgelegt. Der tatsächliche Durchschnittslohn beträgt zurzeit 55 Pf.

Nun hielten es auch die letzten, die Stieffinder unseres Berufs, nicht mehr aus, unfähig bei den Erfolgen ihrer Berufs Kollegen stillzustehen. Nachdem das Signal zum Sammeln ertönen, kamen sie allmählich hervor, die Verbandsleitung wurde beauftragt, einen Tarif auszuarbeiten und vorzulegen. Nach vielen langwierigen Verhandlungen mit der

gere Organisationen an ihre Stelle traten. Anfanglich waren es zumeist lokale Fachvereine, zu deren Errichtung entweder die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse trieben, oder zuweilen auch das reine Solidaritätsgefühl der Gewerkschaften im Zusammenhang mit dem Bedürfnis nach Unterstützung bei Krankheits- und Sterbefällen. Alsdann begann auch die Verfolgung dieser Organisationen, in welchen die Behörden höchst furchterregende Dinge taten. Der eigentliche Sturm aber kam mit dem Sozialistengesetz. Nun kannte der Eifer der Polizei keine Grenzen, Alles, was die Arbeiter geistigen hatten, wurde niedergemetzelt. Bei den zahlreichen Verhaftungen fielen kostbare Gegenstände und bedeutende Geldbeträge der Polizei zum Opfer, so weit nicht die Genossen es vorgezogen hatten, bereits vorher zur Selbstauflösung ihrer Organisationen zu schreiten und das mühsam Zusammengebrachte rechtzeitig den Klauen der Polizei zu entziehen. Derart verschwanden die Fachvereine der Metallarbeiter, Maler, Maurer und viele andere. Nur wenige Gewerkschaften, wie die Buchdrucker und Handschuhmacher, vermochten sich zu halten. Aber die klaffenbewußten Arbeiter schlossen sich trotz der vielleicht gerade wegen dieser Verfolgungen um so inniger zusammen. Und bald bildeten sich neue Organisationen, welche schließlich doch Bestand hatten, und deren manche bis zu 800 Mitglieder zählten. Es war dies auch die Zeit, in welcher die meisten Zentralverbände entstanden, welchen sich dann nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Mehrzahl der bestehenden lokalen Fachvereine anschloß, indem sie eigene Zentren und Filialen in München gründeten.

So entstand im Laufe der Jahre in München die bedeutende Zahl von Filialen deutscher Zentralverbände, welche jetzt hier einen Mitgliederstand von über 68 758 Arbeitern aufweisen. Dieselbe gliedert sich nach circa 50 Berufen und wies bei Beginn dieses Jahres folgende Mitgliederzahlen auf:

Alphalteure 120, Bäcker 1714, Bauarbeiter 12 839, Bildhauer 136, Böttcher 601, Brauerei und Mühlenarbeiter 3835, Buchbinder 1352, Buchdrucker

2020, Dachbeder 200, Fabrikarbeiter 6527, Fleischer 110, Friseur 86, Garmisgehilfen 1011, Gärtner 223, Gemeindefreier 2908, Glaser 84, Glasarbeiter (ohne Angabe), Graphische Hilfsarbeiter 1545, Handlungsgelübten 1356, Hausangestellte 48, Holzarbeiter 5056, Hutmacher 97, Kupferschmiede 180, Kürschner 85, Lagerhalter 39, Land- und Waldarbeiter 85, Lederarbeiter 485, Maler und Lackierer 1200, Maschinisten und Feizer 470, Metallarbeiter 10 011, Porzellanarbeiter 153, Sattler 2 77, Steinbruder und Lithographen 491, Chemigraphen 402, Photographen und Lichtdrucker 78, Schmiede 345, Schneider 2140, Schuhmacher 764, Steinarbeiter 278, Steinseger 1 72, Steinseger 11 36, Stulleute 151, Tabakarbeiter 7, Tapezierer 409, Tegilarbeiter 82, Töpfer 296, Transportarbeiter 5200, Straßenbahner 1115, Verwaltungsbeamte 141, Zimmerer 1768.

An Untersuchungen wurden im Jahre 1911 von den Gewerkschaften Münchens gezahlt: Reiseunterstützung 31 449 Mf., Arbeitslosenunterstützung 204 827 Mf., Krankenunterstützung 370 438 Mf., Streit- und Pensionsunterstützung 45 984 Mf.

So ist im allgemeinen eine recht günstige Entwicklung der Münchener Gewerkschaftsbewegung zu konstatieren. Von hervorragender Bedeutung ist dabei die Tätigkeit des 1893 gegründeten Gewerkschaftsvereins (Kartells). Eine der ersten Aufgaben desselben war die Errichtung einer Herberge für organisierte Reisende und die Schaffung eines Verkehrslokales für die organisierten Arbeiter Münchens. Dasselbe wurde im Berichtsjahre neu renoviert und vergrößert, so daß jetzt 100 Betten den reisenden Kollegen zum Uebernachten zur Verfügung stehen. Benutzt wurde die Herberge im abgelaufenen Jahre von 6776 Personen, die die Betten 26 758mal benutzten (im Vorjahre 6146 Personen, die die Betten 25 150mal belegten).

Das Arbeitersekretariat wurde von 14 168 Personen frequentiert. Im Jahre 1910 von 13 638. Vor dem Gewerkegericht wurden 3024 Klagen anhängig gemacht. Das Einigungsamt

war in 62 Fällen tätig. Im ganzen wurden 29 Tarifverträge und 12 Vereinbarungen abgeschlossen, und zwar für das Gesamtgewerbe 13 und bei Einzelfirmen 28; ferner wurden 3 Schiedssprüche erlassen, und zwar 2 für das Gesamtgewerbe, einer für eine Firma. Unentschieden blieben 6 Fälle. Das Tarifamt wurde in 135 Fällen angerufen. Hier wurden 41 Vereinbarungen abgeschlossen, und zwar für das Gesamtgewerbe 11 und für Einzelfirmen 30; ferner wurden 72 Schiedssprüche erlassen, und zwar für das Gesamtgewerbe 41, für Einzelfirmen 31. Der Arbeiterbildungsverein „Fortwärts“ ist fortgesetzt für die Schulung und Bildung der organisierten Arbeiter mit Erfolg tätig.

Auch auf politischem Gebiete steht München mit in erster Reihe. Bei der letzten Reichstagswahl wurden 68 195 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, im Jahre 1908 waren es erst 50 224. Schon im Jahre 1884 wurde der bekannte Genosse Georg v. Vollmar für München II in den Reichstag gewählt, welchem er bis 1887 und dann von 1890 bis jetzt ununterbrochen angehört. In den Landtag schickte München 9 sozialistische Abgeordnete, 9 sozialistische Magistratsräte und 21 der sozialdemokratischen Partei angehörnde Stadtratsmitglieder, darunter auch unser Verbandskollege G. Maurer, sitzen in der Kommunalverwaltung. Alles in allem zeigt die Arbeiterchaft in München reges Interesse für die moderne Arbeiterbewegung, was auch schon reiche Früchte getragen hat. Bedenken wir, daß vor einem Jahrzehnt in München erst 18 000, jetzt 68 756 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gemustert werden konnten, so dürfen wir stolz sein, diesmal unsere Generalversammlung auf historischem Gewerkschaftsboden abzuhalten. Hoffentlich tragen die hier gefaßten Beschlüsse die gleichen Früchte, daß es auch unserem Verbande vergönnt sein möge, im gleichen Zeitraum die Zahl seiner Mitglieder wachsen zu sehen, wie es bei den Gewerkschaften in München der Fall gewesen ist.

großen Anzahl der Weiler konnte ein Tarif abgeschlossen werden, welcher 9stündige Arbeitszeit und als Mindestlöhne 34, 38, 42 und 46 Pf. vereinbart. Die betreffenden Löhne wurden um 4 Pf. aufgebessert. Mit einer Ledermöbelfirma wurde weiter ein Tarif abgeschlossen, 6stündige Arbeitszeit, 60 Pf. Mindestlöhne. Für die Waggonbranche wurden 55 und 57 Pf. Stundenlohn vereinbart. Die Kollegen für Zelte und Decken schlossen ebenfalls eine Vereinbarung ab mit 50 und 51 Pf. Stundenlohn.

Für die Militärattler wurde der Berliner Tarif eingereicht. Die Münchener Kollegen arbeiten jetzt vollständig unter 13 verschiedenen Tarifverträgen, mit 17 verschiedenen Mindestlöhnen.

Diese kurze Aufzählung zeigt, was erreicht werden kann bei feitem Zusammenstehen in wenigen Jahren. Nun noch einen kurzen Ueberblick über die allgemeine Bewegung. Von 1889 bis 1899 fehlen die Aufzeichnungen.

Mitgliederbewegung:

1900	172 Kollegen	1907	188 Kollegen
1901	180	1908	222
1902	80	1909	276
1903	60	1910	277
1904	81	1911	277
1905	123	zurzeit	283
1906	144		

Stundenlöhne:

1900:	4 Kollegen über 43 Pf. pro Stunde
170	unter 30
1912:	250 über 50
10	unter 40

Ein Kollege verdient hier als Schlechtestenlohneter 34 Pf.

Wir haben hiermit versucht, einen kleinen Ueberblick über den Werdegang der Filiale München zu bringen. Das Reichen der ganzen Bewegung ist nie überall: Wo die Kräfte vereint sind, bleibt der Erfolg nie aus. Das Reichen der Einigkeit trägt gegenwärtig die Filiale München, möge es auch eigen sein der kommenden Generalversammlung in unseren Matern. Nur dann kann es gelingen, aus der Fülle der Anträge und Arbeiten etwas Besseres hervorbringen zum Besten und Gedeihen des Verbandes, um wieder Wege zu ebnen zu weiteren Weiterschreiten dem Ziel und Traum unserer Zukunft entgegen: „Frei sei die Arbeit“.

Zur Generalversammlung in München.

XXX.

Nur noch eine kurze Spanne Zeit und die Generalversammlung, welche dem Verbands auf weitere drei Jahre die Direktive geben soll, wird mit ihren Beratungen beginnen können. Eine Menge Boyarbeit ist ja durch die mit Ach und Krach geleitete Diskussion bereits erledigt. Und durch die Veröffentlichung der Anträge hat sich die Sachlage erheblich geklärt. Das auffallendste, was hier in Erscheinung tritt, ist, daß sich die gestellten Anträge unter einem ganz anderen Gesichtswinkel bewegen als bisher gepflogene Diskussion. Es gilt dies namentlich für die Beitragserhöhung, die wohl den eigentlichen Kern der Diskussion gebildet und die aller Voraussicht nach auch der Generalversammlung die Signatur geben wird. Ein Antrag, der jede Beitragserhöhung verwirft, ist überhaupt nicht zu finden. Aber umgekehrt sind Filialen, die bisher so munter das Oppositionsfähnlein geschwungen, dazu übergegangen, Beiträge zu beantragen, welche die Forderungen des Zentralvorstandes noch um einige Pferde-längen überholen. So fordert der Antrag 10 eine Beitragsleistung in der höchsten Stufe von 70 Pf. Die tapferen Heutlinger, die so mächtig gegen die Beitragserhöhung ins Horn stießen, die vorher noch den ganzen Gau in Brand setzen wollten, sie gehen mit ihrer Beitragsforderung noch um 20 Proz. über die des Zentralvorstandes hinaus. Aber es ist ja höchst einfach zu beantragen, bezahlet sollen andere. Daß in den Industriezentren, allwo die Löhne höher sind, auch die Lebensbedingungen im allgemeinen weit teurer sind als in wirtschaftlich zurückgebliebenen Gegenden und daß dadurch ein gut Teil des mehr- verdienten Lohnes wieder illusorisch wird, würdigt man keiner Beachtung. Das war gewiß ein Wuff, wie er nicht wirksamer sein konnte. Und die Kollegen der übrigen Filialen, denen das Sträuben gegen die Beitragserhöhung die Devise für die Delegiertenwahl gab, die werden lange Gesichter gemacht haben, als ihnen die Anträge zu Gesicht kamen. Um eine Erfahrung sind sie reicher, aber um eine Hoffnung ärmer geworden. Man komme doch nicht etwa mit Lage: Wir verlangen auch die Unterstützungs-fähigkeit danach. Die ganze Beitragserhöhung war doch nur nach der Richtung aufzufassen, daß dieselbe der Stärkung der Hauptkasse zugute kommen sollte. Durch gleichzeitig erhöhte Unterstützungen würde die Beitragserhöhung ihren Zweck aber nicht erfüllen und man hätte dieselbe überhaupt nicht gebraucht.

Die Staffellung der Beiträge wird von verschiednen Seiten hürnisch verlangt. Andererseits aber hört man wieder, daß sie absolut bei uns nicht durchführbar sei. Dem letzteren kann ich meine Zustimmung nicht geben. Vielmehr meine ich, daß sie auf eine Art durchführbar ist. Aber das eine nicht zweifelhaft ist, daß wir uns damit eine Arbeit auf den Hals laden, die man jetzt bei weitem unterschätzt. Es wird dabei auf andere Verbände hingewiesen, die vorteilhaft mit der Staffellung arbeiten. Es verdient aber beachtet zu werden, daß in diesen Verufen nach Stundenlöhnen gearbeitet wird, die sich im ganzen Jahre auf gleicher Höhe bewegen. In unserem Beruf kommen größtenteils Akkordarbeiter in Frage, deren Verdienst je nach der Konjunktur erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Bei schlechter Konjunktur sinkt der Lohn mitunter um die Hälfte gegenüber guten Zeiten. Auch dann noch, wenn man den Jahresdurchschnitt ziehen wollte, würde man auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen, da eben auch die Jahrgänge recht verschieden voneinander sind. Wir würden uns sicher in ein Labyrinth von Reduktionen und Definitionen hinein bewegen, daß man schließlich froh wäre, wenn die nächste Generalversammlung dieses System wieder über den Haufen würde. Dazu kommt ein anderes. Wer sich am Verbandsleben beteiligt, dem wird bekannt sein, wie schwer es ist, immer eine richtig funktionierende Ortsverwaltung zusammenzubekommen. Der Grund hierzu ist vielfach in den durch die Verwaltung verursachten Arbeiten zu suchen. Und daß die Einführung von Staffellbeiträgen diese Arbeit beträchtlich erhöhen und die Gewinnung von Funktionären noch erschweren würde, dürfte ohne weiteres eintreten. Die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge scheint sich all-gemein durchgerungen und ich halte den Vorschlag des Zentralvorstandes für den gangbarsten Weg.

Auch Köln hat mit seinem Antrag 16 nicht viel Berg am Macken. Ich wüßte nicht, warum wir bei einer Beitragserhöhung auch gleichzeitig eine Reduzierung sollten eintreten lassen. Der niedrigste Satz sollte keinesfalls unter 50 Pf. gehen.

Wenig diskutabel erscheint mir ferner der Antrag 105. Wir müssen uns bei Einteilung der Gänge lediglich von Zweckmäßigkeitsgründen leiten lassen. Mit demselben Recht wie Bayern könnte auch Sachsen und Oeffen seinen besonderen Gaulerte verlangen, und wenn man diesbezüglichen Wünschen immer nachkommen wollte, dann würde wohl bald die Elle länger als der Arm.

Die Anträge 114 und 115 sind wenig geeignet, uns Vorteil zu verschaffen. Namentlich der letztere arbeitet geradezu unseren sonst üblichen Beiträgen entgegen. Wir versuchen doch allenthalben Einfluß auf die Arbeitsvermittlung zu gewinnen. Dazu gehört auch das Anwerben. Es ist deshalb verfehlt, wenn man sich hierin allerlei Wehrstränkungen auferlegt, deren Wirkung zweifelhaft ist. Man sollte hierbei dem leitenden Redakteur soviel Zutrauen schenken, daß er Anzeigen und Inserate nach seinem Ermessen aufnimmt oder abweist.

Da ich mit diesen Ausführungen bei unserem Verbandsorgan angelangt bin, gestatte ich mir auch einige Bemerkungen über die „Technische Beilage“. Nach dem Eifer zu urteilen, mit welchem dieselbe verlangt worden ist, müßte man annehmen, daß sie unbedingt notwendig ist für das Erscheinen derselben vorliegt. Und ich gestehe selbst, daß ich die Forderung als einen glücklichen Gedanken angesehen habe. Nach meinem Ermessen ist aber die Beteiligung der Kollegen zur Unterhaltung und Förderung dieses Lehr- und Bildungsmittels viel zu schwach und zu begrenzt. Es müßte sonst jetzt noch mehr als zweijährigen Erscheinen mehr geboten werden. Wenn man in Betracht zieht, daß sich kein Beruf auch nur annähernd so zur Herausgabe einer Fachbeilage eignet als der unsere und wenn man ferner bedenkt, daß mit jedem Tage die schon weit gediehene Spezialisierung sich immer weiter entwickelt und daß durch diesen Umstand unser Nachwuchs immer einseitiger ausgebildet wird, so ist das Beibehalten einer Fachzeitschrift nicht allein gerechtfertigt, sondern es ergibt sich die Notwendigkeit, auf diese Weise fördernd einzugreifen und den Kollegen nicht allein die Vorwärtsentwicklung und Errungenschaften im ganzen Beruf zu übermitteln, sondern ihm auch gleichzeitig den Kampf ums Dasein in beruflicher Beziehung zu erleichtern. Wir rechnen uns doch, und ich glaube mit Recht, zu dem intelligentesten Teil der Arbeiterschaft. Um diese Intelligenz müßte es aber traurig bestellt sein, wenn wir nicht in stände wären, eine „Technische Beilage“ so auszufüllen, daß man dieselbe als mütter-gütig betrachten könnte. Ein größeres Armutszeugnis könnten wir uns wahrlich nicht ausstellen. Und allzu schwierig ist die Frage nicht, wenn sich Kollegen aller Branchen, die sich zu uns zählen, zur Verfügung stellen und ihre Erfahrungen und Kenntnisse in Wort und Bild der Öffentlichkeit über-mitteln. Zweifellos würde es auch vorteilhaft wirken, wenn die Beilage mit einem anderen Kopf aus-

gestaltet würde. Und ich möchte dem Leiter und Herausgeber empfehlen, einen Kopf auszuwählen und zusammenzustellen zu lassen, der schon im Widersprach mit der Intelligenz zu dienen und Wissen und Kenntnis der Kollegen zu heben und zu fördern.

XXXI.

Die heftige Opposition, die sich gegen die Erhöhung der Beiträge geltend gemacht hat, ist jetzt infolge der Diskussion in abgeklärtere Bahnen getreten. In München wird es sich darum handeln, für die Beitragserhöhung die richtige Form zu finden.

Eines ist sicher: So notwendig zur Führung von Kämpfen, die wir nicht voraussehen können, auf die wir uns jedoch rüsten müssen, die schnellere Stärkung unseres Kampffonds ist — und darum allein dreht es sich — ich würde, wenn die Einführung von Staffellbeiträgen fallen sollte, gegen jede generelle Beitragserhöhung, auf Grund meiner praktischen Erfahrungen, stimmen. Die Diskussion hat ja gezeigt, wer „fern von Madrid“ weilt.

Wenn etwas die Notwendigkeit der Einführung der Staffellbeiträge beweist, so sind es gerade die Staffellbeiträge, die weiter nichts als ein schlechter Vorschlag gegen die zentrale Uniformierung der Beiträge sind. Man komme uns doch nicht mit der „praktischen Undurchführbarkeit“ und der „praktischen Erfahrung“. Gerade die Praxis hat ergeben, daß Staffellbeiträge sich viel besser zur Heranziehung der rückständigen Berufs-kreise eignen.

Und dann haben Staffellbeiträge vom finanziellen Gesichtspunkt einen ungeheuren Vorteil über die fixen Beiträge, den, zu meiner Verwunderung, Kollege P. B., der wohl im Namen der Verbandsleitung Stellung nahm, entweder nicht berücksichtigt hat oder ignoriert.

Mit der Einführung von Staffellbeiträgen ist einfach die leidige Frage der Erhöhung der Beiträge für immer oder fast für immer abgetan. Mit jeder Lohn-erhöhung erhöhen sich ganz mechanisch die Beiträge und somit tritt auch ganz mechanisch die Stärkung der Verbandskasse ein. Da diese Beitragserhöhung zusammenfällt mit der Lohn-erhöhung, wird sie stets gern und ohne Widerspruch gezahlt. Nun malen sich die Kollegen, die das System der Staffellbeiträge nur ungenügend kennen, dessen Durchführung ungeheuer kompliziert aus. Wenn man sich dabei so naiv anstellen würde wie Kollege Unger in Nr. 17 unserer Zeitung, dann wäre die Sache freilich sehr verwirkelt. Wenn ich ihn übrigens recht verstanden habe, so ist er der Ueberzeugung, daß man um so höhere Beiträge zahlen kann, je weniger man verdient. Auch unsere Ansicht, daß die Erhöhung der Löhne bei den auf dem Lande in Kost und Logis arbeitenden Kollegen besonders schwer ist, wird durch Kollegen Unger völlig über den Haufen geworfen. Man braucht nur nicht „so arg bescheiden“ sein, meint Kollege Unger. Natürlich kommt Kollege Unger dann zu dem umgekehrten Schluß seiner merkwürdigen Logik und schlägt für die Kollegen, die es so leicht haben, ihre Löhne zu erhöhen, statt einer Herausgabe eine Herabsetzung der Beiträge vor. Die Gründe kann er nicht „so öffentlich aussprechen“, deshalb veröffentlicht er sie in einer Fußnote. Er will die Christlichen unterbinden, es billiger wie diese machen. Eine ganz merkwürdige gewerkschaftliche Auffassung.

Um die Erhebung von Lokalbeiträgen etwas schwächer zu machen, schlägt Kollege Unger vor, den zureisenden Kollegen ihre früher gezahlten Lokalbeiträge anzurechnen. Er hat dabei nur eines vorzusehen: Wer soll diese Beiträge verrechnen? Die Verwaltungsstelle, wo sie bezahlt wurden oder die Verwaltungsstelle, in die der Zureisende eintritt? Ich nehme an, daß letztere gemeint ist. Wenn nun aber diese Verwaltungsstelle gar keine Lokalbeiträge hat und zu denen gehört, wo, nach dem Vorschlag des Kollegen Unger, nur 45 Pf. gezahlt werden sollen, weil hier die Kollegen viel leichter ihre Löhne erhöhen können?

Wie führt man Staffellbeiträge ein und durch? Ueber diese Frage scheinen sich unsere Kollegen aus den höheren Regionen nicht klar zu sein.

Obwohl ich, wie mir wiederholt in dieser Zeitung attestiert worden, fern von Madrid weile und mir jede praktische Erfahrung erst recht fehlt, will ich es unternehmen, die Sache in ihrer Einfachheit klarzulegen. Wie wir Staffellbeiträge nicht einführen können, habe ich in meinem ersten Artikel geschrieben. Es war also völlig überflüssig, daß die Kollegen P. B., Unger usw. dies mit denselben Argumenten nochmals nachwies. Ich habe den Vorschlag gemacht, nach Lohnbezirken und Branchen Staffellbeiträge einzuführen. Der Vorschlag ist zwar nicht widerlegt worden, er fand aber bei allen Kollegen, die dazu in der Zeitung Stellung nahmen — bei den anderen war es freilich anders — völliges Unverständnis. Ich hätte statt „Lohnbezirke“ Ver-

waltungsstellen" geschrieben, wenn wir nicht den Offenbacher Lohnbezirk mit mehreren Verwaltungsstellen hätten, wo die Lohnverhältnisse jedoch, soweit die Galanteriebranche in Frage kommt, einheitlich geregelt sind. Ebenso verhält es sich mit dem benachbarten Ansdilagerbezirk.

Sagen wir aber trotzdem: „nach Verwaltungsstellen und Branchen“, mit dem Zusatz, daß „wo einheitliche Tarifverträge für mehrere Verwaltungsstellen bestehen, die Vorschläge zur Fixierung der Beiträge auf einer gemeinsamen Konferenz zu bestimmen sind. Für bis zu 50 und für je weitere 50 Mitglieder entsenden die beteiligten Verwaltungsstellen zu diesen Konferenzen je einen Delegierten“ usw.

Lassen wir also die Lohnbezirke und lehren wir zu den Verwaltungsstellen zurück. Der Verbandsrat bestimmt z. B.: Die Beiträge belaufen sich:

- 1. Klasse (für weibliche Mitglieder) 25 Pf.
- 2. „ „ „ 35 „
- 3. „ „ „ 45 „

und so weiter. Man kann, wenn man will, bis zu einer Mark gehen. Natürlich werden dann nebenher die Unterstützungssätze entsprechend geregelt.

Dann müßte in das Statut folgende Bestimmung kommen: „Die in den Verwaltungsstellen zu erhebenden Beiträge werden vom Zentralvorstande festgesetzt. Die Verwaltungsstellen haben dazu entsprechende Vorschläge zu machen. Nach Ablauf einer erfolgreich durchgeführten Lohnbewegung tritt zugleich eine Neuregelung der Beiträge ein. Die Verwaltungsstellen können vorschlagen, für ihre zuständigen Mitglieder einheitliche Beiträge einzuführen oder nach Branchen abgestufte Beiträge zu erheben. Mehr als vier Klassen dürfen in ein und derselben Verwaltungsstelle nicht erhoben werden. Es bleibt den Mitgliedern einer Verwaltungsstelle freigestellt, in eine höhere Klasse als die ihrer Branche überzutreten, sofern eine solche in ihrer Verwaltungsstelle eingeführt ist. Der Uebertritt kann nur am Jahresabschluß, bei einer allgemeinen Neuregelung oder beim Eintritt erfolgen.“

Das ist der ganze Apparat. Ist das wirklich so kompliziert und praktisch undurchführbar?

Josef Steiner.

Ein neuer Zweig der Gefängnisarbeit.

Neuer ist schon oft an dieser Stelle besprochene Gefängnisarbeit der Firma Moebner veröffentlichte die „Magdeburgerische Zeitung“ in ihrer Nr. 246 vom 14. Mai d. J. die Zusammenfassung eines Textes, deren Inhalt auch unsere Kollegen interessiert:

Die Klagen über Konkurrenz durch Gefängnisarbeit sowohl aus Handwerkerkreisen wie aus der Industrie werden immer größer. Vor nicht allzulanger Zeit wurde hier in Magdeburg ein weiterer Industriezweig zur Gefängnisarbeit zugelassen, nämlich die Treibriemenindustrie. Nicht nur die übrigen Riemenfabrikanten Magdeburgs, sondern die Riemenfabrikanten ganz Deutschlands wandten sich an ihre betreffenden Handelskammern, nachdem auch von verschiedenen Seiten mit der Gefängnisverwaltung korrespondiert wurde. Von den Handelskammern wurden Vertreter in den Beirat für Gefängnisarbeit gewählt, wenigstens wie ich dies von der Handelskammer zu Magdeburg weiß, jedoch ist mir bekannt, daß bisher die Beiräte noch nicht zusammenberufen sind.

Trotz dieser vielen Einsprüche soll die betreffende Riemenfabrik immer mehr Arbeiter in Gefängnis beschäftigen. So sagt man, daß sie heute circa 25 Arbeiter beschäftigt. In der Riemenindustrie ist diese Arbeiterzahl ganz erheblich, wenn man bedenkt, daß man mit circa 10 Arbeitern pro Jahr circa 250 000 Mk. umsetzt. Was die betreffende Riemenfabrik allein an Arbeitslohn für einen großen Nutzen hat, kann man daher leicht ermessen. So wurde damals den Handelskammern von den Riemenfabrikanten bewiesen, daß die betreffende Firma bei 17 Arbeitern, die die Firma feinerzeit (im Dezember vorigen Jahres) im Gefängnis beschäftigte, einen Nutzen von rund circa 11 400 Mk. haben müßte. Die Einsparnisse an Miete, Licht, Heizung dürfte auch noch ein beträchtliches ausmachen. Man sieht aus dieser Ausführung, daß manche Branchen doch schwer unter der Gefängnisarbeit zu leiden haben, und will ich hoffen, daß bald andere Dispositionen über die Gefängnisarbeit hinsichtlich getroffen werden, zumal diese Magdeburger Riemenfabrik die Neuerung getan haben soll, daß sie mit den Freien tüchtig konkurrieren wolle, falls ihre Konkurrenten sich noch weiter über ihre Gefängnisarbeit aufregen würden, damit erst endlich einmal ein paar Riemenfabriken über die Klinge springen. Daß derartige Zustände bei uns in Deutschland herrschen können, ist wirklich bedauerlich.

Zur Erwiderung.

In Nr. 20 unserer Zeitung ergreift sich die Filiale Halle in einer Kritik über die Verwaltungsstelle Magdeburg, die einen ganz besonderen Höhepunkt erreicht.

Wir stellen zuerst richtig, daß wir gleich nach Ausbruch des Streiks bei der Firma Bishoff durch Zirkulare von der Sperre Mitteilung machten. Auf die dann erfolgte Anfrage von Halle, ob es sich bei den in Frage kommenden Aufträgen der Firma Mathe u. Sohn, welche ursprünglich für Bishoff bestimmt waren, um Streifarbeits handele und ob sich der Streik auf den ganzen Betrieb ausdehne oder ob nur Sattler in Frage kämen, berichteten wir umgehend, daß zwei halb fertige Wagen nach dort verladen wurden, es sich also um Streifarbeits handele und sich der Streik auf den ganzen Betrieb ausdehne. Zur besseren Information verweisen wir dann allerdings auf den während des Streiks abgereichten Stellmacher, der bei Mathe u. Sohn arbeitete und die Verhältnisse des Streiks bei Bishoff genau kannte. Es wurde dann bei der Anwesenheit unseres Gouletiers hier die Sache besprochen. Er erklärte, daß wegen der beiden Wagen die Kollegen nicht aus dem Betrieb gezogen werden sollten, somit war die Sache für uns erledigt. Es lag die Schuld, daß die Kollegen der Firma nicht wußten, ob sie Streifarbeits zu verrichten hatten, nicht an der Verwaltungsstelle Magdeburg, sondern an der Verwaltung Halle, die ihre Kollegen wohl nicht richtig informierte. Wir weisen daher eine derartige Kritik auf das entschiedenste zurück.

J. A. Ost. Kühn.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Streik in den Berliner Karosseriewerken

hat auch in der letzten Woche wieder neue Erfolge für die beteiligte Kollegenschaft gebracht. Zu den Firmen, die den Einheitsvertrag mit den Organisationen abgeschlossen haben, ist die Firma Volk u. Mahrbed (Stellner-Karosseriewerke) und die Firma Scheu in der Veffelstraße hinzugekommen. Insgesamt haben bis heute 8 von den 12 streikenden Firmen den Vertrag anerkannt. Außerdem haben auch die Arbeiter der Wagenfabrik von Döschulte im Laufe der Woche die Arbeit wieder aufgenommen, ohne daß es allerdings bei dieser Firma zu einem Vertragsabschluss gekommen wäre. Die Firma knüpfte mit den Arbeitern Verhandlungen an, bot ihnen eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde, weigerte sich aber, die Arbeitszeit von 63 auf 62 Stunden herabzusetzen. Da wir es uns zur Aufgabe gemacht haben, einheitliche Verhältnisse für die gesamte Branche zu schaffen, so mußten wir ein solches Vertragsverhältnis ablehnen. Gegen unseren Willen hielten es aber die Kollegen für besser, sich mit Herrn Döschulte zu einigen, weil sie befürchteten, daß ihre Arbeit in anderen Betrieben doch gemacht würde. Also auch für diese Firma ist der Streik beendet, allerdings nur mit einem Teilerfolg.

Ganz erfolglos aufgehoben wurde dagegen der Streik bei der Firma Wienide in Rankow. Hier handelte es sich allerdings nicht um die Einführung des von uns vorgeschlagenen Tarifvertrages, sondern die Kollegen befanden sich wegen Lohnreduzierung und Mahrregelung im Abwehrstreik. Die Fortführung der Bewegung war aber zwecklos, weil die Firma genügend Ersatz für die Streikenden bekommen hatte.

Im Streik befinden sich noch die Kollegen der Betriebe von Erdmann u. Hoffe und von Franke, Inzel- und Couderelstraße.

Zum Tarifabschluss der Straßburger Militärsattler.

Die Tarifbewegung der hiesigen Militärsattler, welche seit Wochen und Monaten einen erheblichen Teil unserer Diskussion in den Versammlungen ausmachte, hat mit dem erfolgten Tarifabschluss ihr Ende gefunden. Ein schwieriges Stück Arbeit liegt damit hinter uns. Denn es galt für uns nicht nur einen Tarif zu schließen, welcher vorteilhaft gegenüber den bisherigen Verhältnissen abtritt, sondern bei uns galt es gleichzeitig durch den Tarifvertrag einen derartigen Vorprung zu gewinnen, daß alles zugleich mit eingeholt wurde, was in den letzten Jahren reichlich veräuft worden ist. Nun wurde uns die Sache insofern erheblich erleichtert, als von den drei Firmen, welche hier in Betracht kommen, die Herren Eitelmann und Wrenckier aufs bejammerte erklärten, daß sie sich den Vereinbarungen, die wir mit Herrn Janzen trafen, einverstanden erklären werden. Herr Janzen wiederum äußerte sich dahin, daß er selbst das liebhafteste Interesse daran habe, wenn ein Tarifvertrag zustande komme und daß er es am Mitarbeitenden nicht wollen lassen. So war denn der Anfang für die Verhandlungen geschaffen. Dieselben gingen indes dann doch nicht so glatt vonstatten, als man mancherseits angenommen hatte. Auf unsere Ein-

reichung des Berliner Tarifes antwortete die Firma Janzen zunächst mit einem selbst ausgearbeiteten Entwurf, dessen Annahme vollkommen ausgeschlossen war. Hätte Herr Janzen auf seinem Standpunkt verharrt, so wäre die Arbeit restlos niedergelegt worden. Als wir unsere Antwort in diesem Sinne präzisierten, machte die Firma den Vorschlag, daß wir nun selbst einen Entwurf ausarbeiten sollten, welcher dem Berliner angepaßt, speziell aber für die Straßburger Verhältnisse eingerichtet sei. Diesen Vorschlag akzeptierten wir und ließen in unserem Entwurf alle Artikel fallen, welche hierorts gar nicht geübt werden. Damit kam auch schließlich eine Einigung zustande. Mit geringen Änderungen entsprechen die Bestimmungen denen des Berliner Tarifes. Für uns bedeutet der Tarifvertrag eine Verkürzung der Arbeitszeit um vier Stunden wöchentlich, eine Erhöhung der Affordlohnätze um durchschnittlich 15 Proz., ferner garantierten Mindestlöhnen für Zeitlohnarbeiter, Vergütung für Zutatele (Kaden, Wachs usw.). Auch alle übrigen allgemeinen Bestimmungen sind analog dem des Berliner Vertrages. Die Verhandlungen wurden unsererseits durch den Kollegen H. G. Stuttgart mit Umsicht und Geschick geleitet und hat das Ergebnis derselben unter den an der Bewegung Beteiligten allgemeine Befriedigung ausgelöst. Die Haltung der Kollegen während der Verhandlungstage war muttergütig. Einig war man in dem Gebanten, daß man das, was an anderen Orten schon als üblich gilt, auch hier durchführen könne. Hoffentlich wird das Ergebnis dieser Bewegung seinen günstigen Einfluß auf die Dauer nicht verfehlen.

In der Militärsattelwerkfabrik von Rud. Wiemer u. Co. und in der Treibriemenfabrik von W. Beder in Wülheim a. Ruhr geht der Streik unverbändert weiter.

Eine in den letzten Tagen gut besuchte allgemeine Sattlerversammlung befaßte sich mit dem derzeitigen Stand der Bewegung. Beide Firmen haben einen Anhaber. Während der Streik der Kollegen der Militärsattelwerkfabrik nun bereits die 5. Woche dauert, befinden sich die Kollegen der Treibriemenbranche die erste Woche im Streik. Glauben wir bisher bei dem Anhaber der Firma bei Differenzen ein verständnisvolles Entgegenkommen zu finden, so haben wir uns diesmal getäuscht. Angebahnte Verhandlungen wurden abgelehnt. Dabei sind die Forderungen der Arbeiter äußerst minimal. Die Militärsattler fordern den in Berlin abgeschlossenen Tarifvertrag, die Treibriemenfabrik einen Stundenlohn von 60 Pf. bei 62stündiger Arbeitszeit.

Eine recht launische Auffassung hat der „junge“ Herr über den Streik. „Bei mir besteht kein Streik, ich habe nur den Betrieb von Sozialdemokraten gesäubert“, erklärte er einem Arbeitswilligen gegenüber. Recht sonderbar. Wenn man früher Arbeitskräfte bedurfte, nahm man die Vermittlung der Organisation gern in Anspruch und fragte nicht danach, ob Sozialdemokraten in den Betrieb hinein kommen oder nicht.

Auch recht nervös ist die Firma bereits geworden. Ein Polizeiposten ist vor dem Fabrikgang aufgestellt, zum Schutze der evtl. ankommenden Arbeitswilligen. Auch die Polizei scheint nervös geworden zu sein. Einige Kollegen sind bereits protokolliert worden wegen „Belästigung“ nützlicher Elemente. Sogar in den Worten: „Kollege, hier wird gestreikt“, die ein Streikposten einem Kollegen, der von dem Ausfall noch nicht unterrichtet war, zurief, fand die Polizei eine Belästigung.

Natürlich ist es keine Belästigung, wenn der Polizeibeamte den fremden Kollegen, der sofort erklärte: „Dann arbeite ich nicht“, und sich nach dem Kassierer erkundigte, seit zur Arbeit zwingen wollte. „Gehen Sie nur hinein, Sie können hier arbeiten. Sie verdienen hier schönes Geld“, erklärte der Beamte dem Kollegen. Und je mehr sich unser Kollege wehrte, desto mehr drang der Beamte auf ihn ein. Der Kollege wurde aber nicht zum Verräter.

Wir führen diesen Fall besonders an, um zu zeigen, wie sich die Polizei schon bei nur kleinen Lohnkämpfen benimmt und auf die Seite des Unternehmers stellt.

Auch Militär ist bereits eingetroffen. Wenn auch nicht mit Maschinengewehren wie beim Bergarbeiterstreik. Räumlich der Sohn des „Meißers“ Arnold, Unteroffizier in der 3. Batterie des Artillerieregiments Nr. 43 in Wesel, früher selbst Verbandsmitglied, scheint den Rothfeller spielen zu wollen. Vielleicht ist nicht ausgeschlossen, daß der andere Sohn des „Meißers“, ein Husar, in alternativer Zeit auch eintritt. Dazu kommt dann noch ein Vetter und ein weiterer Verwandter, der als Techniker auf der Güte Nochtlicht macht, bei Tag sich als Treibriemenfabrikant ausbildet und das Altertät ist fertig. Die Firma, die früher einen Stel an dem „Familienklingel“, wie sich der Inhaber einmal recht draßig ausdrückte, bekommen hatte, scheint sich jetzt wieder damit abzugeben.

Auch der Sattlermeister Herr. Stalleken, M.-Speldorf, Duisburger Straße, läßt der Firma seine Interaktion angeben, indem er abends Hausreichdienste versieht.

Ob die Firma viel Glück hat, möchten wir bezweifeln. Unsere Kollegen aber, die der Firma Tag und Nacht, Werktags und Sonntags zu jeder Zeit zur Verfügung gestanden haben und dafür bis aufs äußerste ausgebeutet worden sind, die sich vom „Meister“ Arnold eine Behandlung haben gefallen lassen müssen, die sehr an russische Zustände erinnert, werden ausschalten in dem aufzunehmenden Kampfe.

Korrespondenzen.

Wachen. Sonntag, den 12. Mai, referierte Kollege „Schied“ über: „Selbsthilfe“, wobei er den Anschlag an den „Allgemeinen Konsumverein“ empfahl. Freitagmorgen findet ein Ausflug nach den neuen Talsperre statt. Treffpunkt morgens 6 1/2 Uhr an der Normaluhr. Nähere Auskunft erteilt Kassierer Mollge Specht.

Aus Industrie und Handel.

Lebervaren und Reißartikel in Offenbach a. M. 1911. Nach den Berichten der Offenbacher Handelskammer wurden im Jahre 1910 in der Stadt Offenbach 111 Betriebe der Lederwarenindustrie mit 2856 männlichen und 1355 weiblichen Arbeitern gezählt, im Jahre 1911 waren es 117 Betriebe mit 2798 männlichen und 1385 weiblichen Arbeitern. Somit ist die Zahl der männlichen um 58 zurückgegangen, die der weiblichen um 30 gestiegen. Die Zahl der Beschäftigten im Landkreise Offenbach-Dieburg ist bei den männlichen von 209 auf 297, bei den weiblichen von 175 auf 177 gestiegen, ebenso die Anzahl der Betriebe von 30 auf 31. Diese Feststellung ist ein zahnennähriger Beweis für die von uns schon seit Jahren aufgestellte Behauptung, daß die Portefeullerindustrie immer mehr aufs flache Land verlegt wird. Allerdings kommt in der vorstehenden Aufzählung nicht zum Ausdruck, wieviel Betriebe im Kreise Gebach-Bensheim, Frankfurt, Hanau und im Taunusgebiet verlegt bzw. neu entstanden sind. Soffentlich bemüht sich die Handelskammer einmal darum und gelangt es ihr festzustellen, wieviel Arbeitnehmer insgesamt in der Lederwarenindustrie des Offenbacher Frankfurter Wirtschaftsgebiets erwerbend tätig sind. Wir haben bisher immer rund 6000 schätzungsweise angenommen, eine Zahl, die der Wirklichkeit ziemlich nahe kommen dürfte. Rechnen wir davon 15 Prozent, die für unseren Verband niemals zu gewinnen sein werden, so bleiben immer noch rund 1000, zum größten Teil Kolleginnen, übrig, die unseren Reihen zugeführt werden können, wenn alle Verbandsmittelglieder ihren Agitationspflichten nachkommen.

Zu dem Geschäftsgang in der Lederwaren- und Reißartikelfabrikation heißt es in dem Handelskammerbericht:

Das Jahr 1911 brachte im Gegensatz zu dem vorhergegangenen Jahre der für Offenbach besonders bedeutsamen Herstellung feiner Lederwaren und Reißartikeln nur ein im großen und ganzen befriedigendes Ergebnis. Sofort zu Beginn des Jahres war ein Abflauen des Geschäftes bemerkbar und die Aufträge waren geringer als in den gleichen Monaten des Jahres 1910. Die Kundenschaft hatte große Warenmengen von Weihnachtstagen übrig behalten und war daher im Erteilen von Aufträgen sehr zurückhaltend. Dazu kam noch, daß in Paris und Berlin sehr große Vorräte von Samt-, Vrolat- und Phantasielamenten hergestellt wurden, welche das Geschäft in dem eigentlichen Lederwarenartikel Offenbachs sehr schädigten. Auch fand wieder, wie bereits im Vorjahre, ein großer Wechsel der Mode statt, so daß ganz neue Formen von Taschen hergestellt werden mußten. Infolge des schlechten Geschäftsganges im Frühjahr und einer allgemeinen Leberproduktion waren die Preise in der ersten Hälfte des Jahres sehr gedrückt und konnte das Geschäft nur mit kleinem Nutzen gemacht werden. Die zum April erfolgte Kündigung des am 1. Juli 1911 abgelaufenen dreijährigen Tarifvertrages und die hierauf einsetzende Lohnbewegung brachten ebenfalls eine gewisse Unsicherheit in das Geschäftsleben. Glücklicherweise gelang es nach großer Anstrengung, zum Ende Juni einen neuen Tarifvertrag auf 5 Jahre abzuschließen, was natürlich wieder günstig auf die Branche einwirkte. Das Zustandekommen des Tarifvertrages war jedoch nur möglich durch eine bedeutende Erhöhung der Arbeitslöhne, die meist nicht mehr bei der Kalkulation in Berücksichtigung gezogen werden konnte und so den relativen Nutzen an den Waren herabminderte. Besonders bei Waren, die für den Export verkauft wurden, für welche also die Muster bereits anfangs des Jahres verkauft worden waren, konnte die Erhöhung der Arbeitslöhne nicht mehr in Betracht gezogen werden. Die zweite Hälfte des Jahres hing im allgemeinen auch nicht

gut an, besonders da durch die abnorme Hitze im Juli und August die Käufer sehr schwer zu bewegen waren, Aufträge zu erteilen und die Reisenden abzufragen waren, ihre Tour zu unterbrechen. Eine wirkliche Besserung des Geschäftes trat erst wieder im September ein. Hierbei machte sich bemerkbar, daß inzwischen wieder andere Kaffons in Damen-taschen verlangt wurden, und es mußte daher nochmals eine ganze Anzahl neuer Muster hergestellt werden, um das Geschäft neu zu beleben. Arbeitskräfte waren 1911 im Gegensatz zum Jahre 1910 genügend vorhanden, so daß in dieser Beziehung nicht zu klagen war. Freilich fehlte es immer noch an besonders befähigten Arbeitern, die immer seltener werden, da die jungen Kräfte sich mehr auf Massenartikel einarbeiten, als daß sie sich Mühe geben, auch eine Qualitätsware herzustellen. Es wird ferner vielfach darüber beklagt, daß eine ganze Anzahl Fabrikanten, namentlich kleine und mittlere, zu außerordentlich billigen Preisen verkaufen und dadurch die ganze Branche sehr schädigen; dem wirklich realen Fabrikanten ist es hierdurch sehr schwer, einen angenehmen Nutzen zu erzielen. Dies kommt wohl auch daher, daß viele Fabrikanten finanziell nicht gut gestellt sind und dadurch gezwungen sind, Ware zu veräußern, um Geld in die Hand zu bekommen. Schließlich ist noch zu berichten, daß das Rohmaterial, insbesondere österrische Schaaf- und Ziegenfelle sowie Mundsleder, sehr hart im Preise gestiegen ist und diese Steigerung nicht durch erhöhte Verkaufspreise wieder ausgleichend werden konnte. Ueber den Abgang in den einzelnen Ländern ist folgendes zu erwähnen:

In Deutschland war das Geschäft viel schlechter als im Vorjahre, da hier ganz besonders häufig der Wechsel der Mode eintrat, und es sogar vorkam, daß 2 bis 3 Monate nach Aufnahme der Aufträge andere Kaffons verlangt wurden und die früher bestellten sich nur noch schlecht verkaufen. Das deutsche Geschäft ist nach Ansicht einer berichtenden Firma überhaupt nur noch zu machen, wenn der Kundenschaft sehr große Musterkollektionen vorgelegt werden, was natürlich wieder enorme Spefen verursacht. Das englische Geschäft kann als gut bezeichnet werden; namentlich trat in der zweiten Hälfte des Jahres ein sehr harter Bedarf ein, so daß der Ausfall in Deutschland durch erhöhten Export nach England gedeckt werden konnte. Was die englischen Kolonien anbetrifft, so war das Geschäft in Australien 1911 ebenso gut wie im Vorjahre, während es in Südafrika immer noch zu wünschen übrig ließ. Der Export nach Canada hat sich durch den Wegfall der Surtaxe gut gestaltet; jedoch ist auch dort mit einer sehr harten nordamerikanischen Konkurrenz und Inlandsfabrikation zu rechnen. Der Absatz nach Frankreich wird immer schwieriger, da die Pariser Fabrikation von Jahr zu Jahr mehr erblüht und den Abnehmern große Vorteile dadurch bietet, daß sie am Platze ist und jedem Wünsche sofort nachkommen kann. Der gesteigerte Zoll trägt ebenfalls zur Abnahme des Exportes nach Frankreich bei. Das nordamerikanische Geschäft wurde durch die dort stattgehabte Krisis und die hinter den hohen Schutzollmauern stets wachsende Konkurrenz der einheimischen Fabrikation sehr beeinträchtigt. Der weitaus größte Teil des Bedarfs in Lederwaren wurde durch die inländische Industrie gedeckt, so daß die deutschen Importeure nur noch ganz besondere Neuheiten abgeben konnten. Der Export nach Südamerika war normal und das Geschäft im großen ganzen gut. Die Einfuhr deutscher Lederwaren in Rußland ging hingegen weiter zurück und hörte für gewisse Artikel sogar ganz auf. Die Lederwarenindustrie hofft, daß bei den Verhandlungen über die im Jahre 1917 ablaufenden und wieder zu erneuernden Handelsverträge mit den verschiedenen Ländern einige Zollermäßigungen erreicht werden können.

Eine Lederwarenfabrik in Nürtingen (Württb.) will die Firma Mapp u. Cie. errichten, in der 80 bis 100 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Die bürgerlichen Kollegen haben den Bauplatz unentgeltlich abgegeben und weiteres Entgegenkommen in Aussicht gestellt.

Schaufmachung des Zentralvorstandes.

Das Mitglied Arthur Baricus, Mitgliedskarte 16011, wird aufgefordert, beim Kassierer der Verwaltungsstelle Hannover seine genaue Adresse anzugeben. Kollegen, die mit B. zusammenkommen, werden ersucht, ihn auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Wir erinnern hierdurch nochmals an die Einsendung der grauen statistischen Karten über die Arbeitslosigkeit am 25. Mai. Die Karten müssen bis spätestens den 4. Juni hier eintreffen.

Soziales.

Die Feuerung der Lebensmittel im zweiten Halbjahr 1911 wird von der Offenbacher Handelskammer wie folgt beurteilt:

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, auf diese sehr brennend gewordene Frage bei aller Bedeutung, die ihr beigemessen werden muß, näher einzugehen. Nachstehende, auf amtlicher Feststellung beruhende Tabelle über die Preise im Großvertrieb einiger Artikel des allgemeinen Verbrauchs möge jedoch bei Veranschlagung der für Schlichtlieb, abgesehen von Schweinepreisen, gleichfalls hohen Notierungen darthun, daß es keine Uebertreibung ist, wenn man für das zweite Halbjahr 1911 von Feuerung der Lebensmittel spricht:

Table with 5 columns: Artikel, im August 1910, im August 1911, im September 1911, im Oktober 1911, im November 1911. Rows include Kartoffeln, Roggenmehl, Futter, raffiniert, Zucker, Kaffee, Molas, Meis.

Wir wollen es nicht unterlassen, hier noch besonders darauf hinzuweisen, daß sich trotz glänzender Ernte von Brotgetreide in Deutschland die Feuerung auch bis zu einem gewissen Grade auf dieses Nahrungsmittel erstreckte. Vor allem wurde Roggen deshalb in verstärktem Maße exportiert, weil er vielfach in Deutschland nicht teuer war als das Futtergetreide, dagegen sich für das Ausland durch die Einfuhrschemie zum Teil billiger stellte als die russische Futtergerste. Die vielen Anregungen und Anträge, diesem verstärkten Export durch eine entsprechende Aenderung des Systems der Einfuhrschemie zu begünstigen, fanden jedoch bei der Regierung erst spät und nur zum Teil die erhoffte Beachtung.

Es bedarf wohl keines Beweises, daß die Preissteigerungen unentbehrlicher Verbrauchsartikel den Verkauf mehr entbehrlicher Gegenstände ungünstig beeinflussten, d. h. die Kaufkraft großer Massen der Bevölkerung herabdrückten und mit einem Hauptgrund für Lohnforderungen abgaben, die zum Teil von den Unternehmern auch nach Lage der Verhältnisse als berechtigt anerkannt worden sind.

Die Berliner Handelskammer schreibt zu demselben Thema:

Es liegt in der Natur der Sache, daß, wenn die Verbrauchsgegenstände, die unentbehrlich sind, teurer werden, der Absatz der mehr entbehrlichen Waren von dem Vorgange mitberührt wird. Ebenso natürlich ist es, daß die Einwirkung verschieden ausfällt, je nachdem es sich um kaufkräftige oder weniger bewerkte Schichten von Konsumenten handelt. Daß der kaufkräftige Teil der Bevölkerung in merklichem Ausmaße seine Nachfrage nach Luxusartikeln einschränkte, war im Verhältnisse nicht zu beobachten; indes darf angenommen werden, daß die Vorliebe für bessere Qualitäten, die — zum Nutzen des gesamten Geschäftsverkehrs — in den letzten Jahren sich fast überall bemerkbar gemacht hatte, angesichts der höheren Kosten der Lebenshaltung eine Abschwächung erfahren hat. Der analoge Vorgang — Abstieg von der besseren Ware zur billigeren Sorte, Bevorzugung des Surrogats an Stelle der echten Ware — trat stärker in den Gesplogheiten der breiten Masse der Konsumenten hervor, und hier auch war die schärfere Form der Einwirkung der Feuerung, die quantitative Einschränkung der Nachfrage für manche Gewerbe fühlbar. In erster Linie traf dies für Zweige des Textilgewerbes zu. Während die Konfektions- und Wäschegehalte, soweit deren Kundenschaft sich aus den bemittelten Volksklassen rekrutiert, über geringen Absatz nicht zu klagen hatten, nahm der Verkauf, soweit er sich auf Massenartikel richtete, im letzten Halbjahr, als die Preise der Lebensmittel in die Höhe schwenkten, einen recht schleppenden Verlauf. In anderen Branchen ging es ähnlich zu; wir nennen den Kolonialwarenhandel, das Geschäft in Eisen-, Kurzwaren, den Möbelhandel, das Geschäft in Schuhwaren usw.; überall waren die Spuren der Lebensmittelteuerung zu verfolgen. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Umsätze fast des gesamten Detailhandels von der Lebensmittelteuerung ungünstig beeinflusst wurden.

Der Dienst der Freiheit ist ein schwerer Dienst. Er trägt nicht Gold, Er bringt nicht Fürstengunst, Er bringt Verbannung, Schmach und Tod, und doch ist dieser Dienst der höchste Dienst.

Rundschau.

Aus dem Reichstag. Dramatisch belebte Szenen, wie sie der Reichstag am 17. Mai erlebt hat, kommen bei uns zu Lande nur äußerst selten vor. Der Eindruck, den diese Sitzung, in der der Reichstanzler-Stat auf der Tagesordnung stand, im ganzen Reich gemacht hat, drängt die Besprechung aller sonntigen Arbeiten des Reichstags aus der letzten Zeit vollkommen in den Hintergrund. Zwei Dinge standen im Vordergrund des öffentlichen Interesses: im preussischen Abgeordnetenhaus war mit Polizeigewalt gegen die sozialdemokratischen Abg. Vordorff und Veinert vorgegangen worden; in Straßburg hatte der Kaiser nach einer feierlichen Tafel gesagt, daß er die ehschloßbergische Verfassung in Scherben schlagen und das Land in Preußen einberleiben wolle. Es war ganz selbstverständlich, daß der als erster Redner zu diesem Stat bestimmte sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann diese Fälle in den Mittelpunkt seiner Rede stellte. In ganz schonungsloser Weise ging er dem Kanzler zu Leibe, dem er nachwies, daß die größten Schäden, die nicht nur Preußen, sondern das ganze Reich fortwährend erleiden müssen, zurückzuführen sind auf die preussischen Zustände. Am Montag schreie die bevorrechtete Gesellschaft in ihrer Verzweiflung um die wankende Macht nach der Polizei und ließ wirkliche Volksterroristen gewaltsam entfernen. Wenn nun der Kaiser die Einberleibung der Reichslande in Preußen androhe, so gehe daraus hervor, daß das eine schwere Strafe sein müsse. Um eine solche würde es sich ja in der Tat auch handeln, die Einberleibung der Ehschloßberg, die das gleiche Wahlrecht haben, in den preussischen Staat bedeute doch, daß man ihnen das beste bürgerliche Ehrenrecht, das Wahlrecht, entziehe! Da sonst nur bei der Verhängung der Zuchthausstrafe Ehrenrechte entzogen würden, so könne man erweisen, was die Erhöhung für die Ehschloßberger bedeute. Dieser scharf herausgearbeitete Gedankengang rief die wahrhaftigste Begeisterung aller derer im Reichstage hervor, die von der Rechtsverteilung nach der Größe des Geldbeitrags in Preußen Nutzen haben! Da der Kanzler, dem Scheidemann erbarmungslos zugehört hatte, wohl nicht recht wußte, was er beginnen sollte, lief er mit seinen Geheimräten, Souffleuren und Lehmannern davon, angeblich, weil der Präsident Kaempf den sozialdemokratischen Redner nicht zur Ordnung gerufen habe, nachdem dieser „Preußen“ — soll heißen: Land und Leute — beschimpft habe. Der freimüthige Greis auf dem Präsidentenstuhl war infolge des Auszugs der Regierung aus dem Saale so verärgert, daß er nun einen ungerechtfertigten Ordnungsruuf nach dem anderen auf das unschuldige Haupt Scheidemanns herniederkränzelte. Das hat unsern Freunde gewiß nicht wehe getan, den Präsidenten aber lächerlich gemacht. Das Märchen, daß Scheidemann „Preußen“ beschimpft habe, wird nun von allen gutgesinnten Organen laudhaft, laudbar weiter kolportiert. Ich nein, so war die Geschichte nicht, sie war vielmehr so: Scheidemann hat das Junkerpreußen gebrandmarkt, das den Reich den Vorrechte einräumt, Bauern, Arbeiter und Bürger aber durch das von Bismarck als „erbärmlich“ und „elend“ gekennzeichnete Wahlssystem rechtlos macht! Und weil der Redner dafür eintrat, daß man allen gleiche Rechte einräumt, deshalb denunzierten ihn nun alle Bevorrechteten als Beschimpfer Preußens. Der Schwindel wird bei den Rechtlosen keinen Eindruck machen. Das stellte übrigens später auch der Abg. Dr. Lenck fest, als er abrednete mit den Herrschaften von der Rechten, die alles beim alten lassen wollten. Da vor Pfingsten der Reichstag mit seinen Arbeiten fertig werden soll, wird in den letzten Tagen vor dem Feite Kamtsarbeit und Pusch geliefert werden müssen.

Inhalt: Willkommen zur Generalversammlung in München. — Von Köln bis München? — München. — Unsere Verwaltungsstelle München. — Zur Generalversammlung in München. — Ein neuer Zweig der Gesangsarbeit. — Zur Einberleibung. — Streits und Lohnbewegungen. — Korrespondenzen. — Aus Industrie und Handel. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Soziales. — Rundschau. — Inhaltsverzeichnis. — Beitragsleistung. — Streitmützen. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 26. Mai bis 1. Juni ist der 22. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann feinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. Sämtliche Sattler des Deutschen Offiziervereins, Neustädtischefirchstr. 4/5, haben die Arbeit eingestellt. — Gesperrt sind: Erdmann u. Hoff, Linienstr. 139/140; Rudolf Franke, Juelstr. 11 und Courbirestr. 14. — Es wird erwartet, in diesen Betrieben Arbeit anzuschmen.

Frankfurt a. M. An dem Lohnkampf in der Frankfurter Metallindustrie sind auch unsere Sattlerkollegen aktiv beteiligt, weswegen Zugzug streng fernzuhalten ist.

Berlin. Wegen des allgemeinen Streiks in der Waggonfabrik ist Zugzug von Sattlern fernzuhalten.

Hannover. Am 25. April haben sämtliche Sattelmacher und Geschirrfattler der Firma G. B. Schübe die Arbeit niedergelegt. Zugzug ist streng fernzuhalten.

Kassel. Die Arbeiter der Firma Lederer u. Baumann (Zelte und Pläne) stehen in einer Lohnbewegung.

Achtung! Militärsattler! Achtung!
Wegen Streik ist Zugzug streng fernzuhalten nach Offenbach a. M., Forth i. B. und Erfurt.

Die für die nächste Nummer bestimmten Artikel müssen spätestens Freitagmorgen in Händen der Redaktion sein.

Adressenänderungen.
Kostel i. M. K. Leopold Augsburg, Patriotischer Weg 5 II. RU. von 7—8 Uhr abends. V. Hugo Thum, Fischerstr. 48.

Sterbetafel.
Berlin. Am 1. April verstarb der Segelmacher Hermann Kuff, 57 Jahre alt, an Lungenerleiden.
Frankfurt a. M. Am 6. Mai verstarb unser Mitglied, der Wagenfattler Joh. Deigert im Alter von 81 Jahren infolge einer Lungenerkrankung.
Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.
(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsangelegenheiten, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)
Bonn. Samstag, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Deutscher Hof“, Adlonstr. 52.
Braunschweig. Dienstag, den 4. Juni, abends 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Werberstr. 32.
Göthen. Sonnabend, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Ludwigshalle“, Ludwigstr. 38.
Erfurt. Dienstag, den 4. Juni, abends 8½ Uhr, „Reinhardt Hof“, Johannisstraße.
Essen (Ruhr). Samstag, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Restaurant Schniering“, Rheinischestr.
Gelsenkirchen. Samstag, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Volkshaus“, Kaiserstr. 65/67.
Hagen i. W. Samstag, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Zum Markener“.
Halle a. S. Sonnabend, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Volkspark“.
Köln. Samstag, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Volkshaus“.
Magdeburg. Sonnabend, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Burgallee“, Fischertr. 28.
Mannheim. Samstag, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Gewerkschaftshaus“, F. 4. 8.
Mülheim (Ruhr). Mittwoch, den 29. Mai, abends 8½ Uhr, „Hollenberg“, Dickswall.
München. Samstag, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, „Lampgarten“, Jägerstr. 14.
Reit. Sonnabend, den 1. Juni, abends 8½ Uhr, Kämpfe, Schützenstraße.

Anzeigen

Ortsverwaltung Berlin.
Sonntag, den 16. Juni 1912, im Garten der Brauerei Friedrichshain am Königstor:
Grosses Sommerfest
bestehend aus
Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters (Dirigent Maximilian Fischer), Gesangsvorträgen des Berliner Männerchors, M. d. A. S. W. (Dirigent F. Volke), sowie des beliebten Feisch-Gesembles.
Im hinteren Teil des Gartens für Kinder: Kasperltheater. Bei eintretender Dunkelheit: Großer Fackelaug, wozu jedes Kind an der Kontrolle einen Bon gratis erbält.
Von 5 Uhr ab: Tanz.
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Die Kasseöffne ist den geehrten Damen von 3—6 Uhr geöffnet.
Programme an der Kontrolle frei.
Eröffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Eintrittskarten im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Dieselben sind im Bureau sowie bei den Werkstatt-Vertrauensleuten zu haben.

Mehrere tüchtige Sattler,
welche speziell auf Musterkoffer und Bügelkoffer schon gearbeitet haben, für dauernd gesucht.
Gregor Hoffbauer,
München, Dachauer Str. 54.

Tüchtiger, jüngerer Sattler
auf Musterkoffer und Bügelkoffer gesucht. Offerten an Hermann Freiman, Nürnberg.

Tüchtiger Sattler,
welcher auf Koffer sowie Reiseartikel gut eingearbeitet ist, wird zur Unterstützung des Leiters gesucht, derselbe muß etwas im Zuschneiden bewandert sein. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter 239 an die Exp. d. Blg.

Militär-Sattler.
Gut geübte Sattler für Militärarbeit auf längere Zeit gesucht von
Hohmann & Sohn, Militäreffektenfabrik,
Kaiserslautern, Rheinpfalz.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—
Wir sind in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kontinenten, Lombardgeschäften usw. auffaue. Ferner liefere ich:
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 5 Pfg.-Zigarren für 3 Mk.,
100 Stück bestes 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück bestes 15 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.,
100 Stück bestes 20 Pfg.-Zigarren für 8 Mk., 100 Stück bestes 25 Pfg.-Zigarren für 10 Mk.,
Wir versagen nicht zu dauernder Kundsch. — 100 Stück feine, — Nichtbenutzende werden nicht zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. — 22. Postf. Berlin, Postfach 10. Kein Baden, nur 1 Kruppe. — Begrenzt 1904.